



Niederschrift

12. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
23. September 2025, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 4 der Tagesordnung: Beschaffung Remote Desktop Services Client Access Licenses (RDS-CALs)

Vorlage: 2025/0817

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Beschaffung von insgesamt 4.500 Remote-Desktopdienst-Clientzugriffslizenzen über das aktuelle und kommende Microsoft Enterprise-Agreement.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (11 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf.

Herr Bechtold (IT-Amt) erklärt, dass es sich bei den RDS-CALs um Microsoft-Lizenzen handle, die für den Fernzugriff auf Server benötigt werden. Diese Lizenzen seien essenziell für die Nutzung virtueller Desktops über Citrix sowie für den Zugriff auf Fachanwendungen, die über die KommONE-Cloud bereitgestellt werden. Ursprünglich sei geplant gewesen, die Lizenzen im Jahr 2026 zu beschaffen. Allerdings habe Komm.One bereits dieses Jahr ein Update der Cloud durchgeführt, wodurch die Kommunen verpflichtet seien, die entsprechenden Lizenzen in der benötigten Anzahl bereitzustellen. Für die Stadtverwaltung bedeute dies, dass die Beschaffung teilweise vorgezogen werden müsse, um die Nutzung der Komm.ONE-Cloud weiterhin zu gewährleisten. Die vorgezogene Beschaffung werde aus bereits für 2026 eingeplanten Haushaltsmitteln finanziert, um sicherzustellen, dass keine Unterlizenzierung vorliege, was ein erhebliches Risiko darstellen würde.

Stadtrat Dr. Huber (SPD) möchte wissen, ob die Endgeräte, die für den Remote-Zugriff auf die Windows-Server genutzt würden, ebenfalls auf Windows liefen und ob dadurch eine doppelte Lizenzierung erforderlich sei oder ob es sich um Geräte mit einem anderen Betriebssystem handle.

Stadtrat Schnell (AfD) bringt die Frage auf, ob die Stadtverwaltung bereits Überlegungen angestellt habe, sich in Zukunft von Microsoft zu lösen. Er verweist auf die hohen Kosten, die langfristig eine Belastung für die Stadt darstellten, und merkt an, dass alternative Lösungen zwar weniger komfortabel und mit Umstellungsschwierigkeiten verbunden seien, jedoch möglicherweise wirtschaftlicher wären.

Stadtrat Cramer (KAL) erkundigt sich, ob die Vorlage bereits in der IT-Kommission besprochen worden sei.

Stadträtin Geißinger (Volt) möchte wissen, ob diese Lizenzen an anderer Stelle eingespart werden könnten oder ob es sich um verpflichtende Zusatzlizenzen handele.

Herr Bechtold (IT-Amt) erklärt, dass alle Endgeräte über eine Windows-Lizenz als Betriebssystem verfügen, da auf nahezu allen Geräten lokale Anwendungen genutzt würden. Die vorhandenen Lizenzen deckten jedoch nicht die Verbindung zu virtuellen Anwendungen oder zur Komm.ONE-Cloud ab, weshalb zusätzliche Lizenzen erforderlich seien. Bezüglich der Abhängigkeit von Microsoft betont er, dass die Verwaltung weiterhin evaluiere, wie Softwareprodukte abgelöst und die Abhängigkeit von Microsoft reduziert werden könnte. In diesem konkreten Fall sei dies jedoch nicht möglich, da die Anwendungen des Zweckverbands lizenziert werden müssten, um sie nutzen zu können.

Die Vorlage sei noch nicht in der IT-Kommission besprochen worden, da die nächste Sitzung erst am 10. Oktober stattfinde. Aufgrund der Dringlichkeit habe man die Vorlage direkt ins Gremium eingebracht, um den Zeitraum der Nichtlizenzierung möglichst kurz zu halten. Die Vorlage werde nachträglich mit den Fachleuten der IT-Kommission besprochen, wie es auch in der Vergangenheit üblich gewesen sei.

Durch die neuen Lizenzen würden an anderer Stelle keine Einsparungen möglich sein, da die zusätzlichen Lizenzen ausschließlich der Sicherstellung eines höheren Versionsstandes dienen. Derzeit arbeite man mit dem Betriebssystem Windows 16. Um jedoch in der Komm.ONE-Cloud tätig sein zu können, sei mindestens Windows 22 erforderlich. Aus diesem Grund sei ein Upgrade auf die neuere Version notwendig.

Stadtrat Cramer (KAL) erklärt, ihm sei die Thematik der IT-Infrastruktur fremd, weshalb er keine fundierte Entscheidung treffen könne. Seine Fraktion habe jedoch Fachleute in die IT-Kommission entsandt, da es möglich sei, auch externe Experten in dieses Gremium zu berufen. Er werde der Vorlage nicht zustimmen, da er keine Rückmeldung aus der IT-Kommission erhalten habe. Eine Abstimmung vor der Sitzung der IT-Kommission ergebe keinen Sinn, da deren Ergebnisse keinen Einfluss mehr auf die heutige Entscheidung hätten. Sollte die Vorlage positiv beschlossen werden, sei eine weitere Diskussion in der IT-Kommission aus seiner Sicht überflüssig.

Der Vorsitzende bittet Bürgermeister Dr. Käuflein, die wiederholt geäußerte Thematik, sich von Microsoft zu lösen, in die zuständigen Gremien einzubringen. Es sei sinnvoll, die Kompatibilität der Systeme zu gewährleisten, da viele bestehende Strukturen auf Microsoft basierten. Er verweist auf frühere Erfahrungen, bei denen der Einsatz von freier Software zu höheren Kosten geführt hätten, wenn externe Spezialisten hinzugezogen werden mussten.

Er schlägt vor, die heutige Abstimmung vorbehaltlich der Ergebnisse der IT-Kommission durchzuführen. Sollte die IT-Kommission keine Einwände gegen den geplanten Weg äußern, könne der Beschluss umgesetzt werden. Er bittet jedoch darum, die Ergebnisse der Diskussion in der IT-Kommission auch nach der heutigen Abstimmung dem Gremium zur Verfügung zu stellen, um ein besseres Verständnis für die Thematik zu fördern.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt mehrheitliche Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
6. Oktober 2025